Nr. 28. Auflage 57500. 21. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Sonnabend, den 2. Februar 1907.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 35 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 5 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg.

Filialen: St. Pauli bei Heinrich Koenen, Seilerstr. 27, pt. l. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hohelukt, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Reichstagswähler des 6. schlesw.-holst. Wahlkreises (Ottensen-Pinneberg)!

Auf zur Stichwahl am Sonnabend, 2. Februar!

Nieder mit der reaktionären Masse! Hoch die Sozialdemokratie!

Wählt von Elm!

Hierzu zwei Beilagen.

Liberalismus und Liberale.

In den Jubelartikeln der liberalen Presse über den Ausfall der Wahlen, ebenso wie in ihren Anpreisungen des Liberalismus während des Wahlkampfs, hat sich deutlicher noch als sonst gezeigt, wie wenig die Liberalen das alte Wort der Weisheit: „Lerne dich selber kennen“ (gnothi seauton!) zu beherzigen gewillt oder fähig sind. Nicht einmal das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Liberalismus und unsere Urteile über ihn richtig zu verstehen, bringen sie fertig.

Da polemisiert ein großes Blatt gegen die Redensart: „Der Liberalismus ist unfruchtbar gewesen, der Liberalismus ist tot“ und ergeht sich in spaltenlangen Ausführungen, das Gegenteil zu beweisen, worin Verstiegenheiten vorkommen wie: „In der ganzen Geschichte der Menschheit hat kein Gedanke soviel geleistet wie der liberale, und Mißachtung des Liberalismus bedeutet soviel wie Geringschätzung der Kraft, der man alle großen historischen Fortschritte verdankt!“ Der vielgenannte hessische Pfarrer Korell hat diese Tirade sogar noch überboten mit der urkomischen Aeußerung: „Wir Liberale haben ein Recht, uns für den omphalos tes ges („der Erde Mittelpunkt“, eigentlich „Nabel“) zu halten!

Darüber hernach. Zunächst ist festzustellen, daß „Liberalismus“ und „Liberale“ nichts weniger als synonym, sondern durchaus zweierlei sind, genau ebenso wie Christentum und Christen. Man kann das Christentum, seine Lehren und Gesinnungen von Menschenliebe, Gerechtigkeit, Erbarmen und Wohltun, seine Tendenzen gegen den Mammonismus recht hoch schätzen und doch über die Christen sehr geringschätzig urteilen, weil sie eben diese Lehren und Tendenzen nur mit dem Mund bekennen, aber im Leben und Handeln verleugnen, weil sie bloße „Maulchristen“ sind, wie man sagt. Genau so haben sich die Liberalen seit Jahrzehnten mehr und mehr als Maul-Liberale bewiesen.

Den Liberalismus, die liberalen Prinzipien, soweit sie die Freiheit von aller autoritären Bevormundung und Hemmungen der Volkskräfte bedeuten, hält niemand höher als wir Sozialdemokraten. Eben diese Prinzipien aber sind von den Parteien, die sich Liberale nennen, verleugnet, preisgegeben, verraten worden, resp. haben sie allen Ernst und Eifer, sie zu erkämpfen und Opfer dafür zu bringen, vermissen lassen. Den kapitalistischen Interessen zuliebe haben sie ihre Politik so ziemlich allen echt liberalen Inhalts entleert und nur noch das Wort, den Namen Liberale auf ihrer Parteifahne stehen lassen. Die Sozialdemokratie mußte für alles dasjenige, was am Liberalismus gut, echt, unsterblich ist, eintreten, kämpfen, häufig genug gegen die Liberalen selbst. Vorangegangen sind damit die Nationalliberalen, die schon vor Jahren als Nationalreaktionäre bezeichnet werden durften. Und der männliche und weibliche Freisinn sind ihren Spuren gefolgt und schließlich sogar die süddeutschen Demokraten oder Volksparteiler.

Bei den neuesten Wahlen vollends haben sie alle die Fahne des Liberalismus gesenkt vor der Reaktion und sind in deren Lager hinübergeschwenkt. Ihre Wahlerfolge verdanken sie nicht ihrem Hochhalten des Liberalismus, sondern im Gegenteil ihrer Lossagung von ihm. Nur deshalb sind sie von oben und von den Konservativen unterstützt worden. Bei alledem hätten sie bei den Wahlen viel schlechter abgeschnitten, wenn sich nicht viele Wähler noch immer von der liberalen Firma hätten bestechen lassen und ihr eine Stoßkraft gegen das Zentrum zugetraut hätten!

Wie lächerlich ist es daher, wenn die „Frankfurter Zeitung“ triumphierend ausruft: Die Sozialdemokratie werde sich nun entschließen müssen, nach den ihr zu teil gewordenen Lehren den Liberalismus auch fernerhin als lebens- und entwicklungsfähiges Gebilde anzusehen! Gewiß, der Liberalismus als Prinzip im obigen Sinn ist lebensfähig; die sich aber Liberale nennen, haben bewiesen, daß sie als solche nicht mehr lebensfähig waren. Vielmehr, um als Parteien lebensfähig zu bleiben, mußten sie ihre liberale Seele — soweit überhaupt noch eine solche in ihnen flackerte — dem Teufel der Reaktion verschreiben!

Sollte diese wesentliche Unterscheidung zwischen Liberalismus und Liberale diesen selbst nicht zum Bewußtsein gekommen sein? Wir können es kaum annehmen; es war und ist vielmehr ein demagogischer Trick, ihn zu verwischen und beide zu identifizieren.

Die Wahlen haben wieder einmal das Wort von der „reaktionären Masse“ im Gothaer Programm bestätigt, das seinerzeit sogar von Marx (in seiner Formulierung!) beanstandet wurde. Bei Marx' Lebzeiten waren die Liberalen allerdings politisch noch liberaler, und reaktionär nur in der sozialen Frage. Seitdem hat sich gezeigt, daß der Nur-Liberalismus unvermeidlich mit der Zeit umkippt, daß der bürgerlich-kapitalistische Liberalismus von der Reaktion unwiderstehlich angezogen wird wie das Eisen vom Magnetstein.

Und das führt uns zu den oben erwähnten spaßhaften Ueberschwenglichkeiten. Es war die Mission des Liberalismus, die rechtlichen und wirtschaftlichen Gewebe aufzutrennen und aufzulösen, die in einer früheren Produktionsepoche im gesellschaftlichen Interesse geschaffen wurden und die mit dem Anbruch der großkapitalistischen Aera aus Wohltat Plage, aus Förderungsmitteln der Zivilisation Hemmungen der Entwicklung, Fesseln geworden waren (z. B. die Zünfte). Den gebundenen Kräften freie Bahn zu schaffen, war sein Verdienst und ist noch immer seine Aufgabe. Aber diese negative Wirksamkeit muß durch die positive, die sozialistische, ergänzt werden, wenn nicht die wirtschaftlich Schwachen von den Starken überrannt und die Gesellschaft überhaupt in der Anarchie des Erwerbslebens geistig und materiell, moralisch und physisch schwer geschädigt und die höhere Kultur verkommen soll.

Mit dem Einreißen morscher Gebilde und veralteter, verfallender Institutionen ist es nicht getan, es muß auch aufgebaut werden. Der Liberalismus ist destruktiv, der Sozialismus — im doppelten Sinne, als Sozialpolitik und als Endziel — ist die konstruktive Vollendung!

Von der Weltbühne.

Der Kampf um die Beute bei den Stichwahlen ist hübsch im Gange. Die Nationalliberalen sind zwar mit furchtbar drohenden Gebärden gegen das Zentrum ins Feld gezogen; jetzt aber sind sie nicht nur bereit, dem Zentrum beizuspringen, sondern meinen auch, das Zentrum müsse ihnen Wahlhülfe leisten. Gleich nach der Hauptwahl ging das Flehen und Betteln um die Zentrumshülfe los. Nun hat das Zentrum seine Drohung der strikten Wahlenthaltung zwar nicht wahr gemacht, aber direkt für die Nationalliberalen einzutreten, wird ihm offenbar doch schwer. Solcher Parole würde die Zentrumswählerschaft auch kaum in einiger Vollzähligkeit Folge geleistet haben. So hat es sich denn mit der gestern mitgeteilten gewundenen Erklärung begnügt, aber damit gewaltigen Zorn bei den „Nationalen“ entfesselt. In einer Reihe rheinisch-westfälischen Kreise haben die Nationalliberalen nämlich die schönste Aussicht, durchzufallen, wenn das Zentrum ihnen nicht hilft. Die „Rhein. Westf. Ztg.“ wütet deshalb wieder gegen das Zentrum los, weil das vom Zentrumsausschuß ausgegebene Wahl-Feldgeschrei für die Nationalen wertlos sei. „Die höchste Gleichheit ist oft die höchste Ungleichheit, und wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Neutralität für beide Teile proklamieren heißt die Ultramontanen durchbringen und die Nationalen durchfallen lassen. Eine solche Parole kann keine gemeinsame Grundlage abgeben. Eine Grundlage könnte nur ein Beschluß sein, daß in diesen fünf Kreisen die nichtsozialdemokratischen Kandidaten durchgebracht und daß die dafür notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Das heißt also, es müßte für die Stichwahl ein positives Wahlbündnis herbeigeführt werden. Die Ultramontanen müssen die Erkenntnis und die Stimmung der nationalen Parteien nicht unterschätzen. Mit solch [illegible] Taktik, wie der in Essen vorgeschlagenen, wird man nichts mehr erreichen. Wenn durch die Untätigkeit des Zentrums drei große Wahlkreise der Nationalen an die Sozialdemokratie verloren gingen, so darf das Zentrum sich nicht wundern, wenn es die entsprechenden feindseligen Gesinnungen bei den Nationalen auslöst und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden.“

Weiter führt das Organ der nationalen Schlotbarone aus: „Zweierlei hat man im Auge. Zunächst spekuliert man auf die Sezessionsgelüste der Freisinnigen und spricht ihnen eine Speisenfolge vor, die ganz nach ihrem Gusto ist und sie zum Verlassen der nationalen Tafel bewegen soll. Das Manöver ist so unverhüllt, daß die Freisinnigen unbedingt stutzig werden und sich in elfter Stunde noch der Wahrheit des Combrayer Bischofsspruches entsinnen sollten, daß Einigkeit die Kunst der gepriesenen Freiheit ist. Unverkennbar zielt es aber über die Freisinnigen hinaus nach den Sozialdemokraten. Wenn man von dem Ideal der vervollständigten sozialen Reform absieht, hebt das Zentrum in seiner Stichwahlparole die Programmpunkte hervor, in denen es sich mit der Sozialdemokratie verwandt fühlt. Die Erklärung vermeidet es zwar ängstlich, die Sozialdemokraten zu unterstützen; die Melodie dieser Erklärung ist aber nur auf diesen Ton abgestimmt. Aus diesem Geiste heraus ist des Zentrums Stichwahlparole geboren. Und wenn es nach diesen Herren ginge, die die Welt nur durch ihre dreimal geschwärzte Fraktionsbrille betrachten, so dürften die Sozialdemokraten sich ins Fäustchen lachen. Aber hinter dem Berge wohnen auch Leute. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Bleibt diese Parole noch fünf Tage im Industriebezirke bestehen, so verbürgen wir uns, daß Köln, Essen und Düsseldorf zum letzten Male einen Zentrumsmann nach dem Berliner Königsplatz gesandt haben. Es wird abzuwarten sein, ob die lokalen Wahlausschüsse bereitwillig das Stücklein blasen, das ihnen von Köln aus eingesandt wird.“

Wenn also das Zentrum das „nationale“ Schachergeschäft mitmachen will, dann ist alles gut, wenn nicht, dann: dreimal wehe! Um einen Teil der Beute zu bekommen, verleugnen die „Nationalen“ die schönsten „Ueberzeugungen“. Für sie ist die Politik nichts als Geschäftemacherei.

Der Stichwahlwirrwarr wird recht ergötzlich. Täglich muß jetzt die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ die Regierungsparole, soweit sie sich gegen das Zentrum richtete, verleugnen und die „nationalen“ Parteien beschwören, auch dem Zentrum Stichwahlhülfe zu leisten, damit die Niederlage der Sozialdemokratie vervollständigt werde. Das verdirbt aber den wütenden Romhassern das Wahlkonzept. Die kulturkämpferische „Tägl. Rundschau“ fährt deshalb die Regierung hart an, weil sie das Zentrum bereits wieder in ihre politischen Rechnungen einschließt. Ergrimmt schreibt das Blatt zu der offiziösen Auslassung:

„Ueber die Bedeutung für die Einzelfälle des Wahlkampfes hinaus aber bleibt die Bedeutung dieses Regierungsaufrufs als Wegweiser für die Politik, die die Regierung einzuschlagen gedenkt. Es ist der schlimmste Dienst, den sie der Wahlbewegung erweisen konnte, eine Erschütterung des Vertrauens, wie es die Oppositionsparteien nie zuwege gebracht hätten, eine Fälschung der Anti-Zentrumswahlbewegung von 1907, wie sie sich das Zentrum in seinen kühnsten Träumen nicht erhoffen konnte. Wenn die Regierung heute schon wieder für das Zentrum eintritt, so werden sich die Massen, die sich auf ihren Anruf in Bewegung gesetzt haben, um die Regierung vom Zentrumsjoch zu befreien, als die Betrogenen erscheinen, und Fürst Bülow unterschätzt die Stärke der von ihm und Dernburg entfachten Bewegung, wenn er glaubt, sie zurückdrängen zu können, sobald sie ihren Zweck erfüllt hat. Zwischen der Regierung und dem Volke ist ein Pakt geschlossen worden, daß nunmehr in Deutschland die Zentrumsherrschaft gebrochen sei und die Regierung sich aus ihrer Abhängigkeit von der Zentrumsdiktatur befreien soll, nachdem ihr das Volk durch Schwächung der Sozialdemokratie eine neue Mehrheitsbildung ermöglicht hat. Zerreißt die Regierung einseitig diesen Pakt, so verliert sie jedes Vertrauen im Lande, und die konservativ-klerikale Mehrheit, auf die sie sich vielleicht stützen kann, ist kein Ersatz für dieses Fundament ihrer Existenz, zumal das Zentrum, das ein besseres Gedächtnis hat als die Regierung, ihr den 13. Dezember doch nie verzeihen wird. Der Erlaß wirkt schädlich auf die Wahlen, weil er das eine starke Gefühl, das zu dem Wahlsiege vom 25. Januar geführt hat, verwirrt, und weil er die Liberalen, die das Gespenst der klerikal-konservativen Mehrheit heraufziehen sehen, in das Lager der Radikalen treibt oder ihnen wenigstens die Kampfesfreude nimmt. Wir wissen nicht, wer der Regierung diese unglückselige und gänzlich unnütze Wahleinmischung diktiert hat — wir vermuten den Chef der Reichskanzlei als ihren Verfasser — aber wir wünschen, daß der begangene Fehler nicht allzu schlimme Folgen für die Stichwahlen haben und daß die Regierung bald unzweideutig erklären möchte, wie sie sich ihre Stellung zum Zentrum denkt, damit nicht das Mißtrauen weiterfrißt. Kein Mensch in Deutschland wird es der Regierung verdenken, wenn sie eine so starke Partei zur nationalen Mitarbeit heranzuziehen sucht, zumal sie für manche Aufgaben unentbehrlich sein wird; aber wenn diese Mitarbeit mit der Wiederkehr der alten Zustände — auch nach diesen Wahlen — erkauft wird, dann ist mit dem Volk ein frivoles Spiel getrieben worden, für das keine Bezeichnung zu hart ist, dann ist die Niederlage bei den nächsten Wahlen eingeleitet. Wenn die Regierung heute schon die Kämpfe der letzten acht Wochen vergessen zu haben scheint und das Zentrum in die Parteien einreiht, die von den nationalen Wählern unterstützt werden müssen, dann hoffen wir, daß die Wähler ein besseres Gedächtnis haben werden und an der Parole festhalten: Gegen Sozialdemokratie und Zentrum. Keinem Sozialdemokraten eine Stimme, aber noch weniger dem Zentrum.“

Den „Nationalen“ und Zentrumshassern fängt es also auch schon an, zu dämmern, daß sie gleich den Gimpeln auf einen Wahlleim gekrochen sind, von dem sie nun nicht loskommen. Das Volk wird es in der Tat bald merken, daß mit ihm ein frivoles Spiel getrieben worden ist. Und damit hätte der Anfang vom Ende des neuen „nationalen Aufschwungs“ begonnen.

Stichwahlparolen in einzelnen Kreisen. Die Parteileitung der deutsch-hannoverschen Partei beschloß, für die zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen Parteien stattfindenden Stichwahlen den Wählern die Entscheidung in den einzelnen Fällen freizustellen.

Der nationalliberale Wahlverein in Kassel erläßt eine öffentliche Aufforderung, in der Stichwahl für den Deutschsozialen Lattmann gegen den Sozialisten Hüttmann einzutreten. — In den Wahlkreisen Mainz-Oppenheim und Bingen-Alzey ist Blättermeldungen zufolge zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen für die bevorstehenden Stichwahlen eine Verständigung dahin getroffen worden, daß im Binger Wahlkreise das Zentrum für den nationalliberalen Kandidaten Keller-Stein-Bockenheim eintritt, während in Mainz-Oppenheim die Nationalliberalen für Molthan stimmen wollen, so daß beiden Parteien ein weiterer Sitz gesichert würde. — Der Bauernbund in Fürth beschloß, seinen 5200 Wählern die Abstimmung bei der Stichwahl zwischen dem Sozialisten Segitz und dem Freisinnigen Manz freizugeben. — Im 1. pfälzischen Wahlkreis Ludwigshafen hat sich das Zentrum in einer Versammlung für strikte Wahlenthaltung ausgesprochen. Dadurch scheint die Wiederwahl des Genossen Ehrhart entschieden. — Für den Wahlkreis Pirmasens hat die Sozialdemokratie Stimmenthaltung beschlossen. Es streiten Zentrum und Nationalliberale. Das Zentrum hat 430 Stimmen Vorsprung. — Für Eilenburg-Bitterfeld beschlossen die Freisinnigen Wahlhülfe für den Freikonservativen Bauermeister gegen den Sozialisten Raute. — Im Wahlkreise Friedberg-Büdingen treten Freisinnige und Antisemiten für den nationalliberalen Grafen Oriola ein, dessen Wiederwahl damit gesichert erscheint. — In Höchst-Homburg beschloß die Freisinnige Volkspartei, ihren Wählern in der Stichwahl zwischen Brühne (SD) und Itschert (Z.) die Wahl freizugeben. — Für Apolda-Weimar lehnten die Freisinnigen es ab, der Parole gegen die Sozialdemokratie zu folgen, sondern beschlossen, ihren Wählern die Entscheidung zwischen dem Antisemiten Graef und dem Sozialisten Baudert zu überlassen.

Freisinniger sind die Freisinnigen in Jena. Der dortige freisinnige Verein beschloß, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Leutert einzutreten.

Verständig benehmen sich auch die Liberalen in Nürnberg. Eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der demokratischen Vereine Nürnbergs, an welcher Vertreter aller linken Parteien teilnahmen, faßte zu den Stichwahlen folgende Resolution: Angesichts des Ausganges der Reichstagswahlen erachtet die Versammlung es als dringend erforderlich, bei den bevorstehenden Stichwahlen 1. überall da, wo ein Sozialdemokrat mit einem Reaktionär — gleichviel ob klerikaler oder agrarischer Herkunft — im Kampfe steht, jeder Demokrat und Liberale für die Wahl des Sozialdemokraten wirbt und stimmt, 2. desgleichen überall dort, wo ein Demokrat oder ein entschieden Liberaler mit einem Reaktionär um das Mandat ringt, die Sozialdemokratie entschieden und entschlossen für die Wahl des Liberalen eintritt.

Die konservativ-nationalliberal-klerikale Mehrheit im Reichstage steht in sicherer Aussicht, wenn die Freisinnigen bei den Stichwahlen wieder den Reaktionären zum Siege über die Sozialdemokraten verhelfen. Das sehen auch einige verständige Freisinnige ein, und warnen vor solcher selbstmörderischen Wahltaktik, die auch das Reichstagswahlrecht in Gefahr bringen müßte. Da muß dann ein Berliner Offiziosus in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ die Bedenken zu zerstreuen versuchen, damit die Freisinnigen hübsch bei der reaktionären Stange bleiben. So wirft sich denn der Regierungsoffiziosus zum Verteidiger des Reichstagswahlrechtes auf:

„Das Reichstagswahlrecht ist gerade jetzt weniger denn je gefährdet. Es ist am 25. Januar 1907 von dem national gesinnten Bürgertum glänzend verteidigt worden. Die alte Mehrheit wurde zersprengt, und die Nation hat sich am vorigen Freitag ihr Wahlrecht zum zweiten Male verdient. Kraft dieses Wahlrechts ist wiederum Material gewonnen worden zur Aufwerfung neuer Dämme, an denen die rote Flut zurückebben muß. Auch die durch Einführung der Wahlzellen noch vermehrte Sicherung der geheimen Stimmabgabe wirkt nicht bloß gegen wirtschaftlichen oder sonstigen Druck von oben. Sie scheint auch dem Terrorismus der roten Führer Abbruch zu tun, die in dem Wahn befangen sind, durch Brandreden und Hetzartikel das historische Deutschland entwurzeln zu können — die überall nichts als große Worte bieten, für ernstliche politische oder wirtschaftliche Fortschritte des arbeitenden Volkes aber nichts geleistet haben. Vergeblich ist auch das Bemühen der Sozialdemokratie, sich als möglicher Gegenstand von neuen Ausnahmegesetzen interessant zu machen. Fürst Bülow hat keine Märtyrerkronen zu vergeben für Häupter, die von ihren eigenen Parteigängern gar nicht nüchtern genug betrachtet werden können; er hat auch nicht die mißverständlichen Sympathien für eine allmählich im rechten Licht erscheinende „Kulturpartei“ von neuem zu beleben. Die Gefahr der Reaktion, die es zu bekämpfen gelte, ist für die Stichwahlen ein falsches Schlagwort. Wenn das Bürgertum aus eigener Kraft die Sozialdemokratie noch weiter zurückdrängt und isoliert, haben mit den revolutionären auch die reaktionären Elemente das Spiel verloren. Wie die Sozialdemokratie mit dem bürgerlichen Liberalismus umgesprungen wäre, wenn sie die prahlerisch vorausgesagte Vermehrung der Reichstagsmandate erzielt hätte, kann nach den bis in die letzten Tage hinein fortgesetzten Drohungen und Beschimpfungen niemandem zweifelhaft sein. Der Liberalismus ist es sich selber und seiner Zukunft schuldig, in reinlicher Scheidung von der roten Masse zu bleiben. Die Parole muß sein: kein liberaler Stimmzettel für die Sozialdemokraten.“

Es ist ja wahrscheinlich, daß ein erheblicher Teil der liberalen Wähler dumm genug ist, diesen Lockrufen der Reaktion zu folgen. Wir kennen ja von früheren Wahlen her genügend traurige Beispiele ähnlicher Art. Es gibt ja sogar „entschieden“ liberale Leute, die meinen, die Reaktion bekämpfen zu können, indem sie der energischsten Oppositionspartei Niederlagen bereiten helfen. Jetzt vor den Stichwahlen zieht die Reaktion natürlich fein die Krallen ein. Haben die Liberalen geholfen, die Reaktionäre völlig fest in den Sattel zu setzen, dann werden diese schon aus einer anderen Tonart reden.

Bülow dementiert persönlich den sozialpolitischen Rückschritt. Auf eine von der „Offenbacher Zeitung“ an den Reichskanzler gerichtete Anfrage, ob von der Regierung mit Hülfe des neuen Reichstages eine Rückwärtsrevision der sozialpolitischen Gesetzgebung geplant sei, ist der „Offenbacher Zeitung“ nachstehende Depesche zugegangen: Die